

Antrag

der Abg. Sarah Hagmann und Niklas Nüssle u. a. GRÜNE

Risiko durch Schweizer Kernkraftwerke – Vorsorgemaßnahmen der Landesregierung

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sie die Gefährdungslage für das ganze Land Baden-Württemberg und insbesondere die Region in unmittelbarer Grenznähe durch schweizer Kernkraftwerke einschätzt;
2. wie die Landesregierung die in der Untersuchung des Trinationalen Atomschutzverbands (TRAS) vom Juni 2025 dargestellten Vorsorgelücken im Katastrophenschutz einschätzt;
3. von welchen Auswirkungen auf die Bevölkerung in Baden-Württemberg die Landesregierung im Falle eines Reaktorunfalls in einem schweizer Kernkraftwerk ausgeht;
4. welche konkreten Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung im Falle eines Reaktorunfalls aus ihrer Sicht erforderlich sind und an welchen Orten diese vorzubereiten bzw. umzusetzen wären;
5. wie schnell diese Maßnahmen im Ernstfall eingeleitet werden können;
6. welche Vorbereitungen seitens der Landesregierung bereits getroffen wurden, um auf einen Reaktorunfall reagieren zu können;
7. wie sich der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen dem Innenministerium und den Landkreisen in diesem Zusammenhang gestalten;
8. ob zu diesem Themenkomplex regelmäßige Besprechungen zwischen den beteiligten Akteuren stattfinden und falls ja in welcher Form und in welchem Turnus;
9. ob regelmäßige Übungen zur Vorbereitung auf einen Reaktorunfall stattfinden und, falls ja, wie oft diese durchgeführt werden und welche Ergebnisse bzw. Erkenntnisse daraus bisher gewonnen wurden;
10. in welcher Form ein Austausch mit den zuständigen schweizerischen Behörden zu grenzüberschreitenden Risiken durch Reaktoranlagen stattfindet;
11. ob und auf welche Weise sich die Landesregierung auf nationaler oder internationaler Ebene dafür einsetzt, das Risiko eines Reaktorunfalls durch grenznahe Anlagen zu verringern bzw. zu beseitigen;
12. wie sich die Landesregierung in Bezug auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für den Langzeitbetrieb des Atomkraftwerks Leibstadt positioniert.

4.8.2025

Hagmann, Nüssle, Behrens, Erikli, Evers, Frank, Herkens, Höh, Joukov, Kern, Krebs, Lede Abal, Marwein, Mettenleiter, Niemann, Dr. Rösler, Andrea Schwarz, Seimer, Tonojan GRÜNE

Begründung

Die beiden Schweizer Atomkraftwerke Beznau 1 und 2 gelten als die ältesten im Betrieb befindlichen Atomreaktoren der Welt. Genau wie die unwesentlich jüngeren Kraftwerke in Gösgen und Leibstadt stehen sie in unmittelbarer Nähe zur Grenze zu Baden-Württemberg. Laut der Studie „Grenzenloses Risiko“ des Trinationalen Atomschutzverbands (TRAS) vom Juni 2025 weisen diese Anlagen erhebliche Sicherheitsdefizite auf und erfüllen nicht den aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik. Mehrere Störungen und Probleme in den Anlagen in der Vergangenheit haben diese Einschätzung unterstrichen. Ein schwerer Unfall würde insbesondere Baden-Württemberg massiv treffen. Dabei könnten laut Studie weite Teile des Landes – einschließlich großer Städte und wichtiger Trinkwasserreservoirs wie dem Bodensee – radioaktiv belastet werden. Die Studie kritisiert zudem, dass Katastrophenschutzpläne in Südbaden bislang unzureichend an solche Szenarien angepasst seien.

Im Koalitionsvertrag wurde 2021 festgeschrieben, dass sich das Land mit seiner Expertise an der internationalen Fachdiskussion beteiligen und insbesondere auf eine Abschaltung der älteren Atomkraftwerke drängen werde. Ziel dieses Antrags ist es, umfassende Information über die Einschätzung der Landesregierung zu Risiken, Auswirkungen und Vorsorgemaßnahmen zu erhalten. Darüber hinaus soll herausgestellt werden, inwiefern sich das Land bisher für eine Abschaltung der alten Meiler eingesetzt hat.